

Einheitspreis 20 Pfennig, mit den Blättern „Gottesblätter“, „Die Zeit“ und „Der andere kleinen Freude“, sowie den Beiträgen „St. Bonn-Blatt“, „Unterhaltung und Wissen“, „Die Welt des Jenseits“, „Märkischer Ratsgeber“. Das gute Buch „Allmundein“. Monatlicher Bezugspreis 8 M. einschl. Versandgebühren. Sondernummer 10 M. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 M. Sonntagszeitung: Dr. W. Dötzsch, Dresden.

Geschäftsstelle: Druck u. Verlag: Germania, 20. Kettwitzstrasse 17, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Charlottenburg, 1000 Berlin 10, Postfach 10171.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, 20. Kettwitzstrasse 17, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Charlottenburg, Berlin-Charlottenburg, 1000 Berlin 10, Postfach 10171.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Sonnabend, 8. Dezember 1928

Verlagsort: Dresden

Ausgabenpreise: Die Tageszeitung 20 M. Familienanzeige u. Stellengesuch 20 M. Die Zeitungsmesse 20 M. Die Zeitung außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 M. Die Zeitungsmesse 1.30 M. Briefjetzt 20 M. Im Jahre 1928 erhältlich sehr Verpflichtung auf die Zeitung keine Erteilung d. Postzettel-Marken u. Zeitung. Schadenerfolg. Rechtliche Zeit. Kritische Zeit. Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Küllstedt 1, Kettwitzstrasse 17, Berlin 1000
und 10171.

Stresemanns schwerer Gang

Am morgigen Tage führt der Reichsaufnahmenminister an der Spitze der deutschen Delegation zur Dezembertagung des Völkerbundsrates, welche aus Dr. Stresemanns Wunsch diesmal statt in dem winterlich rauhen Genf unter der milden Sonne des Tessin stattfinden wird. Auf der offiziellen Tagesordnung stehen altbekannte Gegenstände, von welchen nur wenige deutsche Interessen unmittelbar berührten. Der Opanatenstreit wird den Rat diesmal nicht eingehender beschäftigen, da sich Ungarn und Rumänien über den Beginn direkter Verhandlungen am 15. Dezember geeinigt haben; im litauisch-polnischen Streit wird Jozefski einen neuen Vorstoß gegen den litauischen Kriegszustand und Woldemaras seine altbekannten Argumente zu Gehör bringen; Danzig legt den Entwurf einer neuen Verfassung vor, von dem ein ernster Meinungsstreit nicht zu erwarten ist; das Saargebiet endlich wünscht die Neuwahl seiner Regierungskommission. Von größerer Bedeutung sind nur die österreichischen Schulbeschwerden, welche eine grundzägliche Debatte über den Charakter des seither abgeschlossenen Kongresses und erneut über die Auslegung des Abkommen vom Mai 1922 bringen werden. Die Nachricht von einer Teilnahme Mussolini's an dieser Tagung ist ebenso schnell wieder verschwunden, wie sie auflachte. Was das allgemeine Interesse auf diese Ratssitzung lenkt, ist die Tatsache, daß zum ersten Male nach dreizehnjähriger Pause die „großen Drei“ von Locarno, Chamberlain, Stresemann und Briand, persönlich zusammengetroffen und von den Möglichkeiten Gebrauch machen werden, welche diese zwanglose Zusammenkunft für den persönlichen Meinungsaustausch bietet.

Als sich die deutsche Delegation zur Septembertagung fertig mache, wie wir darauf hin, daß jetzt ein Augenblick zur Inangriffnahme großer Aktionen ungünstiger war. Seitdem hat sich die Lage zumindest nicht verbessert. Damals waren die ersten Indiskretionen über die Tragweite der englisch-französischen Vereinbarungen durchgesickert, welche sich dann in ihrem vollen Umfang später bestätigten; diesmal gibt man sich in Paris und London von vornherein Mühe, jede deutsche „Überzeugung“ auszuhalten, vielmehr haben Chamberlain und Briand ihren Standpunkt unmittelbar nacheinander in breiten Ausführungen festgelegt. Ist diese Festlegung schon an sich ungewöhnlich gegenüber der vor früheren Tagungen geübten Gewohnheit, dem Ausgang der Besprechungen zu dritt nicht vorzutreten, so ist der Inhalt dessen, was die beiden Minister gesagt haben, geradezu enttäuschend. Es ließe sich argumentieren, die englische und die französische Regierung hätten mit ihren scharfen Vorlöschern einen Druck auf Deutschland in den bestehenden Reparationsverhandlungen ausüben wollen, aber leider besteht kein Anlaß zu der Vermutung, daß die geäußerten Ansichten nicht der Überzeugung der beiden Minister tatsächlich entsprechen. Es geht nicht an, Erklärungen zu bagatellisieren, welche nicht zum ersten Male gegeben werden und deren politische Gültigkeit durch den Verlauf der Septemberverhandlungen und den bisherigen Gang der Reparationsvorbesprechungen im vollen Umfang bestätigt werden.

Als vor vier Monaten Chamberlain seine Reise nach den kalifornischen Sonnenländern antrat und Cushingdon in der Downingstreet seine frankfreundlichen Kreise zu ziehen begann, da glaubte man vielfach, es handele sich vorwiegend um die persönliche Initiative des bekannten Delharts, dessen politisches Glaubensbekenntnis traditionsgemäß die alte Kriegsentente ist. In Wahrheit hatte diese Schwankung schon viel früher begonnen und ihren ersten sichtbaren Ausdruck darin gefunden, daß der stärkste politische Kopf des Foreign Office, Tyrell, nach zwanzigjähriger Tätigkeit im Außenamt, auf den Pariser Außenposten versetzt wurde, nachdem Lord Abernon einen Berliner Posten verlassen hatte. Aus den Berliner Aufzeichnungen dieses geistvollen Diplomaten entnehmen wir, wie eng einmal die Verbindung zwischen Berlin und London und wie stark die Rücksichten waren, welche man in London auf die Schonung der deutschen Wirtschaftskraft und auf die Wiederherstellung des gestörten europäischen Gleichgewichts nahm. So entstand der Widerstand gegen die militärischen Sanktionen von 1921 und gegen die Ruhrbesetzung, so daß das Dreiecksverhältnis von Locarno. Als dann aber Cooldige nach dem Scheitern der Genfer Flottenkonferenz sein Marineprogramm entwarf, wurde das europäische Gleichgewicht bedeutungslos im Hinblick auf die stärkere Bedrohung; man verbandlich mit dem Gegner gegen den Feind und verzerte das Einvernehmen mit Deutschland der Front gegen Amerika. Das deutsch-englische Verhältnis wurde zu einer Funktion des englisch-amerikanischen, und so erklären sich die endlosen Widersprüche britischer Staatsmänner in ihrer Auslegung der Pariser „Kompromiß“, „Entente“, „Locarno“ und

Die heutige Nummer enthält das St. Bonn-Blatt, das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen.

Sachsen und die Reichsbahn

Das Reich macht den Ländern die Sitze im Verwaltungsrat der Reichsbahn streitig

Gesetzesklage vor dem Staatsgerichtshof

Dresden, 7. Dezember.

Zwischen dem Reich und den Ländern besteht erste Streitigkeit wegen der Vertretung der Länder im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Das Reich will den Anspruch der Länder, die früher eigene Eisenbahnverwaltungen hatten, auf einen solchen Sitzen im Verwaltungsrat nicht mehr anerkennen und hat deswegen beim Staatsgerichtshof beantragt, er möge den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden das Recht auf Benennung von Mitgliedern zum Verwaltungsrat absprechen.

Wie wir hierzu erfahren, hat Sachsen bereits mit einer Gesetzesklage an den Staatsgerichtshof gerichtet, worin es seine Ansprüche auf Vertretung in der Verwaltung der Reichsbahn voll ausreichend erhält. Die Ansprüche Sachsen gründen sich zunächst auf § 43 des Vertrags über den Übergang der sächsischen Staats-eisenbahn aus das Reich vom Jahre 1920, wonach Ergänzungen zu diesem Vertrag abgeschlossen werden können. Gemäß diesem § 43 vereinbarte Sachsen mit dem damaligen Reichsverkehrsminister Dr. einer Aufforderung, wonach Sachsen das Recht auf Benennung eines Mitgliedes in der obersten Verwaltung der Reichsbahn eingesprochen wurde; sie sollte 30 bis 36 Mitglieder umfassen. Diese Vereinbarung wurde kurz vor dem Auflösungskommunismus der Dampf-Gesellschaft abgeschlossen. Das Reich verteidigt nun den Standpunkt, daß sich die Abmachung mit den Ländern nur auf die sächsische im Reichsrecht befindlichen Reichsbahnen bezogen hätten, nicht aber auf die durch die Dampf-Gesellschaft neu gegründete Reichsbahn-Gesellschaft, in deren Verwaltung Deutschland bekanntlich 9 von 18 Sitzen zu besetzen hat. Die Reichsbahndirektion, die es den Unitariern momentan verweilt schwer macht, für den Einheitsstaat einzutreten, möchte alle Macht für sich haben und den Ländern, denen man die Eisenbahnen und die großen Überhöhen daraus abgenommen hat, unter einem Vorwand entziehen. Man kann nur dringend warnen, daß der Staatsgerichtshof die Länder nicht um ihre legitimen Rechte aus-

dem ehemaligen sächsischen Recht an Eisenbahnen bringt. Das Urteil des Staatsgerichtshofs dürfte noch unsern Erkundigungen noch gewisse Zeit auf sich warten lassen.

Inzwischen müssen aber die Erfahrungen für die Ende Dezember ausscheidenden Verwaltungsratsmitglieder der Reichsbahn vorgenommen werden. Sofern von ihnen sind durch Los bestimmt worden, am 31. Dezember auszuscheiden. Darunter befindet sich auch Sachsen's Vertreter Kreisbaumeister Dr. W. Die Sachsenwähler müssen noch im Laufe dieses Monats oder spätestens Anfang Januar vorgenommen werden, um eine glatte Fortführung der Arbeit des Verwaltungsrats zu ermöglichen. Im Sommerhant hießt hat die badische Regierung beim Staatsgerichtshof den Erfolg einer einstweiligen Verfügung beansprucht, daß dem Lande Baden auf alle Fälle ein Verwaltungsratsitz freizuhalten sei, bis die Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Streit zwischen Preußen und dem Reich aus Anlaß der Entscheidung Dr. Luthers schon zugunsten Preußens entschieden; Luther hat bekanntlich auf sein Mandat freiwillig verzichtet. Erfreut wird die Entwicklung allerdings durch die Bestimmung, daß die Inhaber von je 500 Millionen RM. Vorzugsaktien der Reichsbahn-Gesellschaft das Recht haben, einen Vertreter in den Verwaltungsrat zu entsenden. Da 2 Milliarden RM. Vorzugsaktien vorhanden sind, mit deren Bewertung über kurz oder lang zu rechnen ist, würden von den 9 deutschen Sitzern im Verwaltungsrat allein 4 durch die Vorzugsaktionsäre beansprucht werden, so daß für Reich und Länder nur 5 von deutscher Seite zu ernennende Herren übrig bleiben. Wenn jedoch frühere Eisenbahnland nur einen Sitz erhält — Preußen müßte infolge der früheren Bedeutung seiner Bahnen jedoch 2 Sitze — würde für Reich nicht viel mehr zu erkennen übrig bleiben, und es müßte sich dann an den Treuhändern wenden, der ja bekanntlich auch einige deutsche Mitglieder ernannt. Gegenwärtig sind vier Sitz von deutscher Seite neu zu besetzen, da außer den drei ausgelosten Mitgliedern Dr. Dötzsch, Blaum-Hannover und Dr. Köln, der auf eine Wiederaufwahl verzichtet hat, auch für Luther ein Nachfolger zu benennen ist.

deutsche Zahlungsverpflichtung". Für England stehen die Fragen: Amerika, Australien, China und Empire im Vordergrund, während C. Chamberlain persönlich die Vertrauensmann, Torell, von Paris aus die Beziehungen zu Deutschland dirigiert, im Sinne Poincarés, dessen Vertrauensmann er ist.

Hat es unter diesen Umständen Zweck, Chamberlain seine Unlogik und seine Widersprüche mit sich selbst nachzuweisen? Ist es nützlich, Churchill gegen ihn auszuspielen, der ja über den Zusammenhang zwischen Reparationen und Räumung eine andere Auffassung als der Außenminister zum Ausdruck gebracht hat und offenbar auch auf der Balfournote nicht mit Hartnäckigkeit besteht? Können wir uns einen Erfolg davon verpreisen, wenn wir die englische Regierung an den Wortlaut des Artikels 431 von Versailles erinnern oder an die bekannte Vereinbarung zwischen Clemenceau, Lloyd George und Wilson? Sind doch die zahlreichen Gutachten englischer Juristen, welche einen deutschen Räumungsanspruch ausdrücklich bestätigen, von der Regierung des Landes verworfen worden. Auch Baldwin wird nicht gegen Chamberlain auftreten, nachdem er seine von Stresemann unterstrichenen Ausführungen über das deutsch-englische Verhältnis und den Kompromiß nachträglich durch die Londoner Presse hat widerrufen lassen. Chamberlain betont zwar die politischen Gründe, aus denen England eine vorzeitige Räumung wünschenswert erschien, aber er vergibt, daß seine Auslegung der bestehenden Verträge durchaus von politischen Rücksichten dictiert ist. Es ist oft betont worden, daß England seinen letzten Soldaten nicht vor Frankreich vom Rhein zurückziehen wird, und angesichts der unglücklichen Verkuppelung von Räumung und Reparationen glauben englische Wirtschaftskreise sogar ein Interesse daran zu haben, durch Verzögerung der Räumung einen Druck zur Reparationszahlung ausüben zu können, welcher Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auf lange Zeit ausschalten kann. Alles in allem zeigen die letzten Ausführungen Chamberlains zum mindesten sehr deutlich, daß England in einer deutschen Politik nicht mehr frei ist, und daß der Schlüssel zur Lösung der Schwierigkeiten heute in Paris liegt.

Wenn man es recht betrachtet, hat Frankreich heute zwei Außenminister, von denen sich der eine, Poincaré, ausdrücklich die heute zur Debatte stehenden Hauptfragen vorbehält. Wenn man bedenkt, mit welch starkem innerpolitischem Prestigeverlust Poincaré sich die Stellung in

Auftakt zum Parteitag

Köln, 6. Dezember.

Die Vorbereitungen zum Reichsparteitag des Zentrums sind abgeschlossen. Die Delegierten sind ebenso wie die Abgeordneten aus dem Reich und den Ländern zum großen Teile bereits in Köln anwesend. Im Kölner Messegelände zeigt sich schon ein reges Leben, da fast alle Organisationen der Partei ihr heute ihre Sonderfogungen einberufen haben. So waren heute vormittag die Windhüsler Bünde, der Reichsbeamtenbeirat, der Reichsstaatenbeirat und die Handels- und Industriebeiräte der Partei versammelt. Ferner tagten der Wahlkreisausschuss und der Ausschuss für Grenzlandfragen.

Am Nachmittag folgten dann Sitzungen des Mittelstandsbundes, des Arbeiterbeirates und der Diaspora-Arbeitsgemeinschaft. Ferner fand am Nachmittag eine Sitzung des Reichsparteivorstandes statt, in der die letzten Vorbereitungen für die zweitfindende Tagung des Reichsparteiausschusses und des Reichsparteitages getroffen wurden.

Der letzte Regierungskrisis erklämpft hat, so kann man daraus schließen, welche Wichtigkeit er diesen Fragen für die Gesamtpolitik beinhaltet. Gewiß wird der Ministerpräsident durch die geschwächte Mehrheit, welche heute hinter seinem Kabinett steht, auch außenpolitisch zum Entgegenkommen gegenüber der Linken gezwungen sein, und Briand besitzt heute das Vertrauen auch der Rechten, die seine letzte Rede ostentativ bejubelten, aber dieses „Dummpirat“ ist nur dadurch möglich geworden, daß Briand sich zumindestestattlich den Anweisungen Poincarés gefügt hat. Schon auf der Genfer Septembertagung war Briand im wesentlichen der Sprecher Poincarés, womit seine „überzeugende“ Haltung eine durchaus normale Erklärung findet, auch in seiner vorgestrittenen großen Kammerrede hat er Poincaré deutlich befürwortet. Diese Rede zeigte mehr als alles bisherige, daß die außenpolitische Verfehlung zwischen den drei Locarnomächten leider einen hohen Grad erreicht hat: sie enthielt ebenso wie Stresemanns leichte Reden nichts grundlegend Neues, und zeigte keinen Ausweg aus der politischen Sackgasse. Formel steht unüberbrückt gegen Formel, und seine verbindlichen Worte, die wir gerne zur Kenntnis nehmen, können nicht darüber täuschen, daß er mit seinem Worte die deutsche